

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Reichsbücherei und den Hauptpostämtern 1 Mk. im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Abgabe. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** erscheint samstags mit dem „Wilsdruffer Tageblatt“.



Abgabe durch den Postboten 10 Pfennig, die 4 geposteten Hefen der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pfennig, die 2 geposteten Reklamierhefte im täglichen Teil 100 Pfennig. Nachzahlungsgeld 20 Pfennig. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6**

Nr. 151. — 85. Jahrgang. — Tagl.-Nr.: „Kunstblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Donnerstag den 1. Juli 1926

## Gefundung?

Gleichzeitig endeten jedoch zwei von den Monsterverfahren, die doch nichts anderes waren als ein Teil der großen Sanierungsstrafe nach Wiederherstellung unserer Nahrung. Prozesse, die allerdings ihre besondere Seite darin hatten, daß Beamte des Reiches oder eines der deutschen Länder hineingezogen waren und es sich dabei nicht nur um mehr oder weniger komplizierte Schiedungen zwischen Privatpersonen handelte.

So ist in dem Spritweberprozeß zur höchsten Strafe nicht jener Mann verurteilt worden, der diesem Prozeß den Namen gab, sondern der Kriminalkommissar Peters, der die Betrügereien gegen die Reichsmonopolverwaltung durch Befischung und Begünstigung ermöglichte. Man weiß, daß gerade der Vorsitzende der verhandelnden Kammer in Berlin-Moabit, der Landgerichtsdirektor Dr. Schulze, auf dem Standpunkt steht, derjenige Beamte, der sich befischen läßt, ist härter zu bestrafen als der Befischende. Mit allen Mitteln, ohne vor den schärfsten zurückzuschrecken, ohne Rücksicht auf Amt und Ansehen muß der Staat durch seine Organe dafür sorgen, daß dasjenige sanktioniert wird, was krank geworden ist, krank unter dem Pflauch der Inflation, die leider auch an solchen Stellen unheilvoll gewirkt hat, wo Unbestechlichkeit und Sauberkeit selbstverständliche Tradition waren.

Im Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen ist ja leider hingewiesen worden auf die Durchschereien und Betrügereien, die sich im Geschäftsbereich der Reichsmonopolverwaltung abgespielt haben, dabei aber angedeutet, es sei zu hoffen, daß die Verhältnisse bald besser werden würden. Dazu werden die strengen Urteile des Gerichts gewiß beitragen. Aber immer wird eine Gefahr in derartigen Wirtschaftsbetrieben liegen, die vom Reich ganz oder teilweise abhängig sind und unter kaufmännischen Gesichtspunkten arbeiten sollen. Manches, was auch eine strenge Moral dem Kaufmann nachsehen kann, ist bei einem Beamten nicht zu dulden.

Noch unerwünschter war ja, was in den monatelangen Verhandlungen des Kautzker-Prozesses zutage gefördert wurde. Fünf Jahre Zuchthaus und vier Millionen Mark Geldstrafe hat das Gericht über diesen Mann verhängt, der den Preussischen Staat um die dreifache Summe schädigte. Nicht absichtliches Verschulden, wohl aber eine grenzenlose Fahrlässigkeit hat ihm das ermöglicht. Den Beamten der Seehandlung waren er und der Schieberkreis um ihn turmhoch überlegen, weil die Seehandlung von der Angst um die Inflationsverluste fast besinnungslos geworden zu sein schien. Durch einen Zufall ward das erste Glied dieser Kette gefunden und ein Sumpf zeigte sich, der immer größeren Umfang annahm. Typisch all diese Gestalten, mit denen die Welke der Inflation uns überschwebt hat: Leute, die kaum deutsch sprechen können, die kaum imstande sind, ihren Namen unter die Schieberwechsel zu setzen, haben einen wirtschaftlichen Einfluß weittragender Art gehabt.

Eins der vielen trüben Kapitel in der Geschichte der deutschen Inflation ist damit zu Ende, mag auch etwa die Berufungsverhandlung die Seiten dieses Kapitels noch einmal durchblättern lassen. Was aber namentlich die Kautzker-Affäre so außerordentlich verbitternd macht, das ist die Tatsache, daß es diesen Hyänen am deutschen Volkstörper dank ihrer Giftigkeit gut ging, während weite wirtschaftliche Kreise von einer Bergelast von Sorgen und Ängsten bedrückt wurden, es heute noch sind oder zurunde gingen. Wir mußten jetzt durch diesen Sumpf hindurch, mußten ihn erst trockenlegen lassen, um wieder festen Boden zu gewinnen.

## Eine deutsch-polnische Vereinbarung.

Die Handhabung von Ausweisungsmassregeln. Zwischen den deutschen und den polnischen Behörden ist eine Vereinbarung getroffen worden, nach der die Handhabung von Ausweisungsmassregeln und die Befugung der Aufenthaltsgenehmigung im gegenseitigen Einverständnis geregelt wird. Der wesentliche Inhalt der Vereinbarung ist der, daß im Bereiche des obersteilfischen Abstimmungsgebietes Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus dem deutschen Reichsgebiet und deutscher Reichsangehöriger aus dem polnischen Staatsgebiet nur auf Grund gerichtlicher Verurteilungen schwerwiegender Art, auf Grund der Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege oder staatsfeindlicher Betätigung vorgenommen werden sollen. Der Ausweisung wird gleichgestellt die Befugung der Aufenthaltsgenehmigung an solche Personen, die länger als ein Jahr im anderen Teil des Abstimmungsgebietes ungehindert gewohnt haben. Auch soll die Ausführung einer Ausweisung aufgehoben werden, wenn die betroffenen Personen Beschreibungen beibringen, daß zwecks Aufklärung des der Ausweisung zugrunde liegenden Tatbestandes Verhandlungen zwischen der Regierung oder der Konsulatschefs mit dem polnischen oder deutschen Generalkonsul schweben. Endlich sollen Aus- und Wiedereinreisefischermere alle denjenigen Personen gewährt werden, die mindestens ein halbes Jahr ununterbrochen im polnischen oder deutschen Teile des Abstimmungsgebietes gewohnt haben.

## Frankreich hintertreibt die Abrüstung.

### Militärische Grotesken in Genf.

Genf, 30. Juni. Die Franzosen setzen jedem Bemühen, Arbeit in die vollständig verwickelten Verhältnisse der Militärunterkommission der Abrüstungskonferenz zu bringen, stärksten Widerstand entgegen. Die deutsche Delegation stellte gestern endlich den Antrag, folgende Frage zu beantworten: Sind die ausgebildeten Reserven und das Kriegsmaterial vergleichbar oder nicht? Die Franzosen suchten der Beantwortung aus verschiedensten Art auszuweichen. Erst nachdem die deutschen Vertreter auf ihrer Dringlichkeit bestanden hatten, kam es zu einer Abstimmung, wobei sich Deutschland, England, Holland und Amerika einer Mehrheit von 15 Stimmen gegenüberstanden, die es ablehnten, die ausgebildete Reserve und das Material als Kriterium des Vergleiches gelten zu lassen. Unter Führung von Frankreich sind in Genf ganz absurde Beschlüsse zustande gekommen und es war unmöglich, greifbare Vorarbeit für die beabsichtigte Abrüstungskonferenz zu leisten. Frankreich hat seine Sabotageabsichten für die Abrüstungen voll und ganz durchzuführen vermocht. Nach den angenommenen Beschlüssen ergaben sich u. a. folgende Grotesken: Für die französische Abrüstung lämen nur 70 000 Robers Unteroffiziere und Offiziere und 50 000 Mann in Frage. Von 375 000 Mann, die Frankreich einzieht, hätten nur 125 000, also ein Drittel als ausgebildete Mannschaften zu gelten. Demnach hätte das vollständig abgerüstete Deutschland mehr vergleichbares und abrüstungsfähiges Militär aufzuweisen, als das bis an die Zähne bewaffnete und übermilitarisierte Frankreich. Für Deutschland wird seine aus 100 000 Mann bestehende Reichswehr und seine Schutzpolizei als ausgebildetes Militär angerechnet. Für Frankreich läme einzig die Friedensarmee in Betracht und davon nur die ausgebildeten, d. h. mehr als zwölf Monate im Dienst stehenden Bestände. Bei der 1 1/2-jährigen Dienstzeit will Frankreich doch ein Drittel als ausgebildet gelten lassen. Wechnlich sieht es in den übrigen Unterkommissionen.

### Ein völkischer Antrag zur Lösung des Flaggenstreites.

Berlin, 30. Juni. Im Reichstag ist folgender völkischer Antrag eingegangen: „Für die Dauer des Vertrages von Versailles ist die Flagge des Deutschen Reiches schwarz. Die endgültige Flagge des Deutschen Reiches ist die Fahne, unter der der Befreiungskampf durchgeführt wird.“

## 50jähriges Jubiläum des Reichsgesundheitsamtes.

### Ein Glückwunsch des Reichspräsidenten.

Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Reichsgesundheitsamtes hielt der Reichsminister des Innern, Dr. Kütz, in der Festigung, die in Gegenwart von Mitgliedern der Reichsregierung, der Vertreter der Länderregierungen und der medizinischen Wissenschaft und Praxis in Berlin abgehalten wurde, eine Rede, in der er einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Reichsgesundheitsamtes gab, seine Verdienste um die Erhaltung der Volksgesundheit hervorhob und schließlich den wegen Erreichung der Altersgrenze aus seinem Amt scheidenden Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Bumm,



Der neue Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, dessen Name zur alle Zeiten mit dem Reichsgesundheitsamt verbunden bleiben wird. Der Arbeit des Reichsgesundheitsamtes, die in Zukunft umfangreicher und schwieriger als bisher sein werde, möchte er als Zuschrift setzen: Gesundheit ist das Lebensglück des Menschen und der Menschheit. Der neue Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, wird demnach die Amtsgeschäfte übernehmen. Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichsgesundheitsamt zur Feier seines 50jährigen Bestehens seinen Glückwunsch entboten. In dem Schreiben spricht

### Die Hochwasserschäden.

#### Steuererleichterungen für die Geschädigten.

Während aus Mecklenburg wachsende Hochwasserschäden gemeldet werden und die Lage dort als äußerst trübselig bezeichnet werden muß, ist für Wittenberge die größte Gefahr überwunden, da die Elbe dort fällt. Noch immer aber sind Dörfer gefährdet und an mehreren Stellen wurden wieder Dämme durchbrochen, so daß das dahinterliegende Land überflutet wurde. Im Stettiner Oderthal gelang es, den Schuttdich bei Garz zu halten. Die Gefahr gilt hier als behoben.

Anlaßlich der katastrophalen Überschwemmungen, die besonders der Landwirtschaft ganz erheblichen Schaden zugefügt haben, hat der preussische Finanzminister den zuständigen Stellen die allgemeinen Anordnungen über Steuererleichterungen in Erinnerung gebracht, damit die wirtschaftliche Not der von der Überschwemmung Betroffenen auch steuerlich berücksichtigt werde. Die preussischen Katasterämter sind angewiesen, zunächst durch Stundung und Riederlagung der am 15. August 1926 fälligen Vierteljahrstrate der Grundvermögenssteuer zu helfen und im Benehmen mit den Gemeinde- und Kreisvorstehern von Amts wegen diejenigen Steuerschuldner festzustellen, die nach Maßgabe ihres Schadens für die Stundung und Riederlagung in Betracht kommen. Inwieweit hierüber hinaus Steuererleichterungen erforderlich sind, kann erst später festgestellt werden, wenn der durch die Überschwemmung angerichtete Schaden sich übersehen läßt.

### Dammbruch der Donau bei Apatin.

#### Eigener Fernsprekdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Belgrad, 30. Juni. Die Donau hat den Damm bei Apatin durchbrochen und überflutet das ganze Gebiet. Aus allen Teilen des Landes sind Truppenabteilungen telegraphisch zur Hilfeleistung gerufen worden. Die Regierung hat den Aufruf gegeben, die am meisten gefährdete Stadt Zombor zu räumen. Der Regen dauert an. Man befürchtet, daß die Katastrophe sich noch schlimmer auswirken wird.

er weiterhin den Wunsch aus, daß es, seiner großen Verantwortung eingedenk, stets zielbewußt und erfolgreich für die Gesundheit unseres Volkes und damit für das Wohl und die Zukunft des Vaterlandes weiterarbeiten möge.

#### Ehrungen für das Reichsgesundheitsamt.

Berlin. Das Reichsgesundheitsamt wurde aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens mannigfachen Ehrungen. Von Seiten der Universitäten München und Gießen und der Tierärztlichen Hochschule Hannover wurden Ehrungen in Form von Promotionen zu Ehrendoktoren und von Ernennungen zu Ehrenmitgliedern sowie Glückwunschsadressen überbracht. Prof. Ullenhuth überreichte mit Glückwünschen Ehrenurkunden der Universitäten Heidelberg und Freiburg. Das Deutsche Rote Kreuz verlieh dem Präsidenten und einigen Mitarbeitern des Amtes seine Ehrenzeichen. Ferner wurde eine „Franz-Bumm-Stiftung“ ins Leben gerufen, deren eigentlicher Zweck darin bestehen soll, die Beamten des Reichsgesundheitsamtes in ihren wissenschaftlichen Zielen, aber auch in Fällen einer dringenden wirtschaftlichen Notlage, für die Reichsmittel nicht zur Verfügung stehen, zu unterstützen. Die Stadt Berlin widmete eine Gedenktafel für das Haus Luisenstraße 57 zur Erinnerung an die erste Arbeitsstätte des Reichsgesundheitsamtes, wo auch Robert Koch den Tuberkelbazillus entdeckt hat.

### Schweres Erdbeben auf Sumatra.

#### Erdstöße in Kalifornien.

Das Erdbeben auf der Insel Sumatra war weit schwerer, als anfangs angenommen worden war. Im Distrikt Padang wurden durch Erderschütterungen große Verheerungen angerichtet. Telegraphen- und Telephonverbindungen wurden unterbrochen, die Eisenbahnlinien und die großen Verkehrsstraßen zerstört. Die Stadt Padang-Pandjong und mehrere größere Ortschaften des Oberlandes wurden größtenteils zerstört. In Padang-Pandjong sind fast alle Gebäude eingestürzt. Über 100 Personen, darunter auch ein Europäer, wurden getötet, und viele wurden verletzt. In Soengedjoele zählte man 17 Tote, in Solok 15.

Erdstöße wurden bei dem letzten Erdbeben auch in Kalifornien verspürt. In Santa Barbara, das bekanntlich wiederholt, zuletzt gerade vor einem Jahre, von einem Erdbeben heimgesucht wurde, wurden die Telephonleitungen beschädigt und Straßenbahnwagen aus den Schienen geworfen. Ein Kind wurde durch einen herabfallenden Schornstein getötet.